

- im Hause -

Eschweiler, 05.12.2022

Antrag:

Beteiligung der Stadt Eschweiler an den Kosten der Verbraucherberatungsstelle NRW in Alsdorf zur Sicherstellung einer kompetenten Beratung Eschweiler Bürger/innen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Leonhardt,

die extrem steigenden Kosten für jegliche Formen der Energienutzung wie Strom, Heizen und Tanken, ob unmittelbar oder bei Mietern zeitlich verzögert, führen in fast jedem Haushalt zu einem Beratungsbedarf, der nicht mit dem Hinweis auf eine Absenkung der Innentemperatur enden kann. Die Verunsicherung ist hoch.

Hausbesitzer/innen, ob im Eigenheim oder als Vermieter/in, kennen nicht alle Förderprogramme und die mehr als komplizierten Hintergrundinformationen zur steuerlichen Behandlung z.B. von Solarthermie mit Einspeisung ins Netz, zumal gerade dieses Sachgebiet häufigen Neuregelungen unterworfen ist und durch ein Budget gedeckelt ist: Topf leer, Deckel zu - wer danach kommt, geht leer aus.

Mieter/innen haben nur wenig Einfluss auf die Höhe ihrer Energiekosten, aber gegebenenfalls durchaus Anspruch auf Zuschüsse oder Stundung sowie auf Hilfen, wenn wegen der Kostensteigerung Überschuldung oder in letzter Konsequenz Wohnungslosigkeit droht.

Die Beratungsstelle Alsdorf der Verbraucherzentrale NRW bietet in Zusammenarbeit mit Jobcenter und Mieterschutz auch in Eschweiler nicht nur zur aktuellen Energiekrise, sondern in vielen Bereichen umfassende Beratung und Hilfe an, und das bis auf wenige Ausnahmen wie Ortstermine kostenlos. Derzeit erfolgt die Finanzierung zu 50% durch Bund und Land und zu 50 % von den vier Nordkreiskommunen.

Eine enorme Steigerung des Beratungsbedarfs ist Anfang / Mitte 2023 nach Eintreffen der Nebenkostenabrechnungen zu erwarten. Auf Nachfrage wurde bestätigt, dass dann die Bürger/innen der vier zahlenden Nordkreiskommunen selbstverständlich bevorzugt beraten werden.

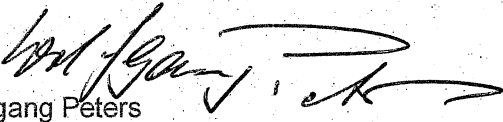
Die CDU-Fraktion beantragt die Beteiligung der Stadt Eschweiler mit Prüfung einer möglichst sofortigen finanziellen Unterstützung der Verbraucherberatungsstelle NRW in Alsdorf mit dem Ziel, aktuell die personellen Kapazitäten dort zu erhöhen, aber auch dauerhaft eine kompetente und verlässliche Beratung im gesamten Spektrum für die Bürger/innen in Eschweiler sicherzustellen.

Auf Grund der aktuellen Situation ist eine Beschlussfassung vor Jahresende notwendig.

Für den Haushalt sind entsprechende Mittel zu planen, die aber unter Berücksichtigung der Kosten-Nutzen-Relation und nach der allgemein zustimmenden Haltung sämtlicher Fraktionen in der Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses unstrittig sein dürften.

Für Rückfragen zu diesem Antrag steht Ihnen die Sprecherin der Fraktion im Sozial- und Seniorenausschuss, **RM Maria Mund**, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Peters

Stellv. Fraktionsvorsitzender